

Protokolleintrag vom 02.10.2013

2013/348

Schriftliche Anfrage von Duri Beer (SP) und Katrin Wüthrich (SP) vom 02.10.2013:

Mindestlohninitiative, Auswirkungen auf die Steuereinnahmen und die Sozialhilfe der Stadt sowie die Sozialversicherungen

Von Duri Beer (SP) und Katrin Wüthrich (SP) ist am 2. Oktober 2013 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Im Januar 2012 hat der Schweizerische Gewerkschaftsbund SGB die Mindestlohn-Initiative mit 111'000 Unterschriften eingereicht. Im nächsten Jahr findet voraussichtlich die Abstimmung statt. In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Mit welchen zusätzlichen Steuereinnahmen hätte die Stadt Zürich zu rechnen, wenn niemand weniger als 22 Franken pro Stunde verdienen, also ein gesetzlicher Mindestlohn eingeführt würde?
2. Wie würde das Sozialhilfebudget der Stadt Zürich entlastet, wenn es einen gesetzlichen Mindestlohn in der vorgesehenen Höhe gäbe?
3. Wie hoch wären die zusätzlichen Einnahmen bei AHV und IV?
4. Wie viele in der Stadt Zürich wohnhafte oder erwerbstätige Personen verdienen in der Stadt Zürich weniger als 22.- Fr. pro Stunde?
5. Wie sieht die statistische Verteilung dieser Personen nach Alter, Geschlecht und Branche aus?
6. Stellt die Stadt Zürich sicher, dass sie keine öffentlichen Aufträge an Unternehmen vergibt, welche sich nicht an ein Minimum von Fr. 22.- pro Stunde halten. Wenn ja, wie? Wenn nein, wieso nicht?

Mitteilung an den Stadtrat